



# Interessengemeinschaft Kantonsparlamente

An der jährlichen Zusammenkunft der Präsidien der kantonalen Parlamente im September 2005 in St. Gallen lancierten die damaligen Präsidenten des Grossen Rates des Kantons Bern, Thomas Koch, und des St. Galler Kantonsrates, Silvano Moeckli, die Idee einer Konferenz der Kantonsparlamente als Gegenpol der Konferenz der Kantonsregierungen (KDK). Anlass dieser Idee war die Erkenntnis, dass die immer dichtere Vernetzung der Regierungen der Kantone mittelfristig zu einer Schwächung der institutionell sehr schwach vernetzten Parlamente führen wird (siehe hierzu auch Artikel von Silvano Moeckli im Bulletin Nr. 2/2006: Für eine nationale Konferenz der Kantonsparlamente).

Die Idee stiess in St. Gallen zum Teil auf Zustimmung und zum Teil auf Skepsis. Die versammelten Parlamentspräsidien beauftragten die Initianten, mit einer Arbeitsgruppe ein Konzept für eine solche Institution auszuarbeiten und dieses an der ein Jahr später stattfindenden Zusammenkunft in Schwyz vorzulegen.

Die Arbeitsgruppe, der die Präsidien der Kantonsparlamente von Zürich, Bern, Freiburg, Basel-Stadt, Schaffhausen, St. Gallen und Waadt sowie verschiedene Exponenten der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen und der Geschäftsführer der KDK angehörten, arbeiteten eine Koordinationsvereinbarung aus, welche die Vorbereitung und Einberufung einer Gründungsversammlung für eine Konferenz der Kantonsparlamente an die Bedingung knüpfte, dass die zuständigen Organe von mindestens 18 Kantonsparlamenten (zwei Drittel) an einer solchen Institution interessiert sind.

Am 15. September 2006 haben die in Schwyz versammelten Präsidien der Kantonsparlamente nach einführenden Voten durch die Grossratspräsidenten von Fribourg (André Achermann) und Basel-Stadt (Andreas Burckhardt) die Koordinationsvereinbarung im positiven Sinn zur Kenntnis genommen und die Arbeitsgruppe beauftragt, bei den Kantonsparlamenten über das Ratssekretariat des bernischen Grossen Rates eine offizielle Umfrage zu lancieren.

## Ergebnis der Umfrage

Die Arbeitsgruppe hat am 12. Januar 2007 in Bern vom Ergebnis der Umfrage Kenntnis genommen. Demnach befürworten die

zuständigen Organe von 14 Kantonsparlamenten, wenn auch teilweise mit Vorbehalten, die Schaffung einer Konferenz der Kantonsparlamente. Elf Kantone erachteten die Schaffung einer solchen Institution im Moment als nicht notwendig, ein Kanton hat auf die Umfrage nicht reagiert. Eine vom Ratssekretariat des Kantons Bern erarbeitete Übersicht über die Stellungnahmen der einzelnen Kantonsparlamente ist auf der Internetseite [www.kantonsparlamente.ch](http://www.kantonsparlamente.ch) verfügbar.

Die Arbeitsgruppe stellte aufgrund der eingegangenen Antworten Folgendes fest:

- Das Ziel, mindestens 18 Kantonsparlamente hinter der Idee einer institutionalisierten Zusammenarbeit (Konferenz) zu vereinen, wurde nicht erreicht. Die konkreten Vorbereitungen zur formellen Gründung einer Konferenz der Kantonsparlamente werden daher – mindestens vorläufig – nicht weiter verfolgt.
- Die zuständigen Organe von 14 Kantonsparlamenten (immerhin eine Mehrheit der 25 Parlamente, welche eine Stellungnahme abgegeben haben), befürworten eine Konferenz, aber auch ablehnende Kantone sind an einer näheren Zusammenarbeit interessiert. Es wäre deshalb nicht gerechtfertigt, nun alle Bemühungen in Richtung einer irgendwie gearteten Koordination völlig abzubauen. Die Arbeitsgruppe schlägt deshalb vor, im Rahmen einer Interessengemeinschaft das Thema weiter zu bearbeiten.

Die Arbeitsgruppe hat im Lichte dieser Ausgangslage für das weitere Vorgehen deshalb unter anderem beschlossen, eine **Interessengruppe Kantonsparlamente (IG)** zu bilden mit dem Ziel, eine Informationsplattform für alle Kantonsparlamente (auch diejenigen, welche einer Konferenz der Kantonsparlamente skeptisch gegenüberstehen) aufzubauen, um gemeinsam interessierende Daten und Informationen allgemein verfügbar zu machen ([www.kantonsparlamente.ch](http://www.kantonsparlamente.ch)). Die Arbeitsgruppe hat diesen Entscheid den Leitungsorganen der Kantonsparlamente in einem Brief (siehe nachstehend französische Fassung) zur Kenntnis gebracht und sie eingeladen, sich an der Arbeit der IG zu beteiligen.

Diese IG bezweckt den Gedankenaustausch und die Verfolgung der Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Parlamenten und Regierungen in den Kantonen. Die Mit-

gliedschaft ist an keine Verpflichtungen gebunden und steht allen Kantonsparlamenten offen. Die ursprüngliche Zielsetzung wird im Auge behalten für den Fall, dass die grosse Mehrheit der Kantonsparlamente später doch die Idee einer Konferenz der Kantonsparlamente wieder aufnehmen möchte. Die IG funktioniert vorläufig nach dem Vorortsprinzip, wobei der Kanton Basel-Stadt in den Jahren 2007 und 2008 die Aufgaben der Interessengruppe Kantonsparlamente koordiniert, unterstützt von alt Grossratspräsident Thomas Koch (Bern), Ratssekretär Christian Wissmann (Bern) und alt Grossratspräsident André Ackermann (Fribourg).

Anregungen für den inhaltlichen Ausbau der Informationsplattform nimmt der Parlamentsdienst des Kantons Basel-Stadt unter [info@kantonsparlamente.ch](mailto:info@kantonsparlamente.ch) gerne entgegen.

Thomas Dähler, Vizepräsident der SGP  
Leiter Parlamentsdienst Basel-Stadt  
E-mail: [thomas.daehler@bs.ch](mailto:thomas.daehler@bs.ch)